

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 53 (1961)
Heft: 12

Artikel: Integration und wirtschaftliches Wachstum
Autor: Jucker, Waldemar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354004>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

de Gaulle und Herr Adenauer, die finden, sie hätten bereits mit ihren Parlamenten mehr Mühe als notwendig, werden kaum wegen uns für ganz Europa das Referendum und die Initiative einführen wollen.

Wir streben deshalb wohl eine wirtschaftliche Verbindung mit dem im Aufbau sich befindenden Großraum an; auf politischem Gebiet jedoch möchten wir unsere Selbständigkeit wahren und uns auf eine vertragliche, aber loyale Zusammenarbeit beschränken, welche die Autonomie unserer Institutionen respektiert. Wir dürfen dabei in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, daß wir bereits in der Vergangenheit ehrbare Mitglieder der Völkergemeinschaft waren, die ihre vertraglich übernommenen Pflichten erfüllten und hie und da noch ein Mehreres leisteten.

Wir müssen uns bei allem Beharren auf unserem Selbstbestimmungsrecht aber über zwei Dinge klar sein. Das Verständnis der andern Europäer uns gegenüber ist keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen nach wie vor bereit sein, unter Umständen für unsere Unabhängigkeit auch Opfer zu bringen. Und das zweite: Unser Unabhängigkeitswille wird auf die Dauer von der Welt und insbesondere von den Miteuropäern nur geachtet werden, wenn sie eine ausreichende moralische Rechtfertigung besitzt. Auch uns obliegt die Verpflichtung, den schöpferischen Kräften Spielraum zu geben; nicht nur von der Solidarität und der Achtung vor der Würde des Menschen zu reden, sondern sie im tagtäglichen Leben unseres Staates und unserer Wirtschaft zu verwirklichen trachten; die Freiheit nicht zur Freiheit des Egoismus und der Spekulation entarten zu lassen, sondern sie als Freiheit zu befreienden Taten aufzufassen, als Freiheit zur Gestaltung neuer, sozialer Lösungen für die uns bedrängenden Fragen. Vor allem uns in der Arbeiterbewegung sollte es keine Mühe bereiten, diese Verpflichtung zu bejahen. Es ist dieselbe moralische Verpflichtung, die uns alle zusammengeführt hat, ohne deren Anerkennung keine Arbeiterbewegung bestünde.

Integration und wirtschaftliches Wachstum

Ausgangslage

Die Schweiz ist zwar ein Kleinstaat. Trotzdem kann unter den Beispielen für die Vorteile einer großräumig konzipierten, stark arbeitsteiligen Wirtschaft auch die schweizerische Wirtschaft genannt werden. Die Kleinheit ihres inneren Marktes hat ihr den Zwang zum Exportieren auferlegt. Die Wirtschaft der meisten europäischen Kleinstaaten ist stärker weltwirtschaftlich integriert als jene der meisten Länder mit größerer Bevölkerungszahl.

Der traditionelle Protektionismus der meisten Absatzmärkte hat der schweizerischen Exportindustrie zwar manche Arten der Mas-

senproduktion versperrt; dafür hat er sie zu einem relativ hohen Grad der Spezialisierung gezwungen. Wahrscheinlich dürfte dies ein Vorteil gewesen sein. Innerhalb der hochspezialisierten Produktionsrichtungen dürfte in vielen Fällen die Preiskonkurrenz weniger scharf sein als innerhalb mancher, besonders bereits älterer Zweige der Massenproduktion.

Die Schutzzölle der Abnehmerstaaten wirken sich, sofern sie nicht den Handel ganz verunmöglichen, auf das Exportland wie eine Art Marktpolizei aus. Sie erhöhen die Produktivitätsschwelle, von der an ein Export möglich ist. Sie verwehren damit mittelmäßig produktiven und Grenzbetrieben die Ausfuhr in vielleicht noch schärferer Art, als dies die «natürlichen» Marktkräfte tun würden. Sie tragen so dazu bei, daß im Exportland relativ große Teile der Produktionsfaktoren auf rationelle Unternehmen konzentriert werden.

Diese «Gesundheitspolizei» dürfte allerdings nur kleinen Ländern zuträglich sein. Infolge ihrer Kleinheit benötigen sie nur relativ bescheidene Exportmengen, um ihre Zahlungsbilanz im Gleichgewicht halten zu können. Größere Länder benötigen für einen ähnlichen Integrationsgrad größere Exportmengen, die viel schwieriger durch die Maschen der Hochzollschutzgitter zu schleusen sind.

Zur Industrialisierung geeignete kleine Länder dürften deshalb, sofern sie genügend Vitalität besitzen, durch einen den Spezialisitätenhandel nicht unterbindenden Schutzzoll der Abnehmerstaaten in ihrer Produktivitätsentwicklung gefördert werden. Dies schließt allerdings nicht aus, daß das Kräftigungsmittel oft einen sehr bitteren Beigeschmack trägt und uns nicht aus Wohlwollen verabreicht wurde.

Das Fehlen mancher Rohstoffe, insbesondere von Kohle, der Nichtbesitz von Kolonien und die einige landwirtschaftlichen Produktionsrichtungen beinahe ausschließenden klimatischen und topographischen Verhältnisse haben die Schweiz aber auch vor manchen Uebeln eines eigenen Protektionismus bewahrt. Die Begrenztheit der eigenen Produktionsmöglichkeiten hat sie auch auf der Einfuhrseite zu einer weitgehenden weltwirtschaftlichen Integration gezwungen. Die Schweiz kann deshalb, ähnlich wie Schweden, auch als Beispiel für die Vorteile eines unilateralen Freihandels betrachtet werden. Wenigstens die industriellen, vorwiegend für den Inlandmarkt arbeitenden Produzenten standen unter einem scharfen Konkurrenzdruck, der ihnen krasse kartellistische Sünden verunmöglichte. Auch der größte Teil der industriellen Inlandproduzenten dürfte deshalb einen eher hohen Produktivitätsgrad aufweisen.

Infolge dieser besonderen Ausgangslage dürfte sich die Integration auf die Schweiz nicht in derselben Weise auswirken wie auf die bisher stärker protektionistisch orientierten Länder. Im folgenden soll deshalb versucht werden, darüber zu einigen Hypothesen zu gelangen. Dabei wird aus Raumgründen allerdings nur der

eine der zwei möglichen Fälle, die Beteiligung der Schweiz an der Integration, behandelt.

Zollabbau und Exportschwelle

Als Grundhypothese soll angenommen werden, daß durch den Abbau der Zollschränken die Ausfuhr stärker erleichtert wird als die Einfuhr. Der Abbau der Zollschränken verringert die Kosten des Angebots der bisherigen Exporteure. Sie werden in die Lage versetzt, durch Preisreduktionen ihren Absatz zu steigern. Die durch die Zollsenkung verursachte Kostenreduktion vergrößert jedoch darüber hinaus die exportfähige Kapazität. Bisher nur mit einem kleinen Teil ihrer Produktion exportfähige Produzenten geraten mit einem größeren Teil ihrer Produkte in die Zone der Exportfähigkeit, und bisher überhaupt nicht an der Ausfuhr beteiligte Unternehmen haben nun die Möglichkeit des Exportierens. Die Produktivitätsschwelle, die zur Beteiligung am Export erreicht werden muß, senkt sich mindestens vorübergehend. Später wird sie sich im Rhythmus des Produktivitätszuwachses der vereinheitlichten Wirtschaftsgebiete wieder erhöhen.

Die Zollsenkung führt damit zu einer Ausweitung der Nachfrage. Diese Ausweitung ist gewissermaßen durch in der Vergangenheit erbrachte Leistungen «vorverdient» worden. Sie würde sogar stattfinden, wenn während der Periode des Zollabbaus keine weitere Produktivitätsverbesserung erfolgen würde. Die Ausweitung der Nachfrage trifft zudem auf einen Wirtschaftsraum, der bereits vollbeschäftigt ist.

Die durch die Zollreduktionen ausgelöste Kostensenkung wirkt sich selbstverständlich nicht auf alle Produzenten in der gleichen Weise aus. Einmal, weil die Zollansätze nicht uniform, sondern gestaffelt waren, dann aber auch, weil die Preiselastizität der nachgefragten Güter unterschiedlich ist. Da diese Elastizitäten weitgehend unbekannt sind, müssen wir uns hier mit Hypothesen behelfen.

Vermutlich ist die Preiselastizität der Nachfrage nach Spezialitäten geringer als jene der weniger für besondere Bedürfnisse spezialisierten Güter. Das vorübergehende Absinken der Produktivitätsschwelle dürfte deshalb während der Uebergangszeit zu einer stärkeren Nachfrageausweitung für die Betriebe mittlerer Produktivität als für die hochproduktiven, hochspezialisierten Unternehmen führen. Die Zollreduktion bringt eine Verschiebung der Stratifikation, der Schichtung der Nachfrage mit sich, welche weniger hochspezialisierte Betriebe begünstigt. Spezialisierte wie weniger spezialisierte Unternehmen können zwar beide mit einer Ausweitung der Nachfrage rechnen; die potentielle Ausweitung ist jedoch für die weniger spezialisierten größer.

Angebotselastizität

Die tatsächliche Entwicklung der Produktion wird jedoch nicht nur von der Nachfrage, sondern auch von der Elastizität des Angebots bestimmt. Die weniger produktiven, durch die Senkung der Exportschwelle exportfähiger gewordenen Unternehmen können die Vergrößerung der Nachfrage nur ausnützen, wenn sie in entsprechendem Ausmaß zusätzliche Produktionsfaktoren an sich ziehen können. Wie steht es hier mit ihren Chancen?

Von allen Produktionsfaktoren sind vermutlich die Arbeitskräfte am knappsten. Wir konzentrieren uns deshalb auf diesen Faktor.

Schon auf Grund der Gesetze über die Normalverteilung muß man annehmen, hochqualifizierte Arbeitskräfte seien seltener als jene mittlerer Qualifikation. Unterstellt man eine liberale Einwanderungspolitik, so ergibt sich – angesichts auch der Angebotsverhältnisse in unseren Nachbarstaaten – eine noch ausgeprägtere Differenz in der Angebotselastizität zwischen qualifizierten und weniger qualifizierten Arbeitskräften.

Immer unter der Annahme einer liberalen Einwanderungspolitik ergibt sich damit der Schluß, daß während der Uebergangszeit das heißt grosso modo während der Dauer des Zollabbaus – das Volkseinkommen zwar eine höhere Wachstumsrate als bisher aufweisen dürfte, daß aber der Produktivitätszuwachs pro Beschäftigten, die Produktivitätszuwachsrate, eher sinken dürfte.

Durch eine stärker produktivitätsorientierte Bewilligungspraxis für ausländische Arbeitskräfte könnte diese Verschiebung jedoch vermutlich abgeschwächt werden. Eine stärker als bisher wirtschaftspolitisch orientierte Zulassungspraxis könnte das Angebot an weniger qualifizierten Arbeitskräften verknappen und damit der Strukturverschiebung entgegenwirken.

Diese Abschwächung einer «euphorischen Expansion» während der Phase des Zollabbaus dürfte auch im Hinblick auf die sich darin anschließende Phase der «Normalisierung auf das größere Marktgebiet» empfehlenswert sein. Um dies zu begründen, soll schematisch untersucht werden, was während der Phase des Zollabbaus in den Hochschutzländern geschehen dürfte.

Stratifikation der Nachfrage und Produktivität

Der Zollabbau trifft innerhalb der größeren und bisher protektionistischen Länder auf eine andere Produktionsstruktur. Hier bestand nicht derselbe Zwang zur Spezialisierung. Infolge ihrer größeren Binnenmärkte sind in diesen Ländern jene Produzentenkategorien, die eine Massenproduktion oder doch eine massenproduktionsähnliche Struktur aufweisen, dichter besetzt.

Der Zollabbau bringt zwar auch für diese Länder ein Absinken der Exportschwelle mit sich. Auch hier werden bisher nicht export-

fähige Produzenten und Produkte exportfähig, und es tritt eine Ausweitung der Nachfrage ein. Die schrittweise Annäherung der Stratifikation der Inland- und Auslandnachfrage dürfte ihnen jedoch dauerhaftere Vorteile bringen als den mittelproduktiven schweizerischen Unternehmen.

Die mittlere Produktivitätszone wird vermutlich in den großräumigen Ländern bei den Produzenten der «gemäßigten Massenproduktion», bei uns bei den Produzenten «mäßiger Spezialisierung» liegen, wobei die schweizerischen Seriengrößen hinter jenen der mittelproduktiven französischen oder italienischen Produzenten deutlich zurückbleiben dürften. Der Fortschritt zu höheren Produktivitätsgruppen erfolgt in den beiden Gebieten jedoch in gewissermaßen entgegengesetzter Richtung. Bei uns vollzieht er sich im Hineinwachsen in höhere Spezialisierungsgrade, was sehr wohl mit abnehmender Seriengröße verbunden sein kann. Als Beispiele seien der Uebergang von der Kunstdüngerfabrikation auf die Herstellung von Kopfwehtabletten oder von Schuhwichse auf Pharmazeutika erwähnt. Im großräumigeren Wirtschaftsgebiet dürfte der Produktivitätsfortschritt im Normalfall mit einem Aufsteigen von «niedrigeren» zu «höheren» Graden der Massenproduktion einhergehen, zum Beispiel von der Fabrikation von Kleinstautomobilen zu einer der billigeren Kategorien von Mittelklastwagen.

Das Absinken der Exportschwelle führt damit nicht in beiden Marktgebieten zu derselben Wirkung. Den ausländischen mittelproduktiven Unternehmen wird der Zugang zu höher produktiven Kategorien der Massenproduktion ermöglicht. Die schweizerischen mittelproduktiven Unternehmen dagegen finden Zugang zu «leichtern» Produktionskategorien, zu den niedrigeren Spezialisierungsgraden oder den unteren Kategorien der Massenproduktion. Sie geraten damit nur noch tiefer in die mittelproduktiven Produktionsrichtungen hinein; sie entfernen sich von beiden hochproduktiven Extremfällen der Stratifikationsskala, sowohl vom Extrem der Hochspezialisierung wie von jenem der ausgesprochenen Massenfabrikation.

Der ausländische Produzent hat es aber nicht nur infolge der ihn begünstigenden Verschiebung der Marktstruktur leichter, seine Produktivität zu erhöhen. Er braucht, um seine Chancen auszunützen und in höhere Produktivitätszonen vorstoßen zu können, nur relativ wenig hochqualifizierte Arbeitskräfte. Dabei kann er mit einer relativ hohen Angebotselastizität rechnen, da durch den Wegfall des Zollschatzes mehr leistungsschwache Produzenten unter Druck geraten werden als bei uns.

Während bei uns während der Uebergangszeit die Produktivitätszuwachsrate – bei liberaler Einwanderungspolitik – eher sinken wird, dürfte sie in den ehemaligen Hochschutzzolländern eher steigen.

Nach der Beendigung des Zollabbaues dürfte diese Zuwachsrates allerdings wieder etwas absinken, weil sich die Zahl der verdrängbaren Grenzproduzenten verringert. Aber auch diese etwas tiefere Zuwachsrates dürfte höher sein als der während der Uebergangszeit in der Schweiz erzielte marginale Produktivitätsfortschritt.

Nach der Beendigung des Zollabbaues werden aber die neu geschaffenen schweizerischen Produktionskapazitäten nur konkurrenzfähig bleiben können, wenn sie ihre Produktivität im selben Rhythmus steigern können wie die ausländischen Produzenten. Dies dürfte für sie in vielen Fällen schwierig sein, weil sie sich während der Periode des Zollabbaus auf keine der Zonen höherer Produktivität zu bewegen, sondern im Mittelfeld verharren. Die schwierige Uebergangszeit dürfte deshalb für uns nicht mit der Periode des Zollabbaus zusammenfallen, sondern erst nach ihr beginnen, wenn sich der Zwang zur Produktivitätssteigerung wieder mit voller Schärfe geltend machen wird.

Während dieser zweiten Phase des Uebergangs dürfte dann auch die Nachfrage nach Arbeitskräften zurückfallen und sich nicht mehr in den Dimensionen der «euphorischen Expansion» bewegen.

Maßvolle Euphorie

Je weniger euphorisch wir uns während der Zeit des Zollabbaus benehmen, um so eher können wir die nur uns – abgesehen vielleicht noch von Schweden – eigenen Probleme der zweiten Uebergangsphase bewältigen.

Je besser es uns gelingt, während des Zollabbaus der Strukturverschlechterung vorzubeugen und die Expansion auf die spezialisierten Branchen zu beschränken, um so weniger wird es während der zweiten Phase zu einer Schockwirkung kommen. Eine Beeinflussung der Entwicklung in dieser Richtung könnte vermutlich am ehesten über den knappen Produktionsfaktor Arbeitskraft erfolgen. Dies könnte auf zwei parallelen Wegen geschehen – einmal durch eine verstärkte Pflege der beruflichen Aus- und Weiterbildung, welche die Angebotselastizität der hochwertigen Produktionsrichtungen erhöhen würde, andererseits durch eine maßvollere Einwanderungspolitik für weniger gut ausgebildete Arbeitskräfte, welche die Angebotselastizität der mittelproduktiven Unternehmen in wirtschaftspolitisch vernünftigen Grenzen hält.

Dr. Waldemar Jucker, Bern.